

Strukturreformen und mehr finanzielle Unterstützung

Wenn die Staats- und Regierungschefs in New York zusammenkommen und Bilanz ziehen, wie viel bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele bisher erreicht worden ist, sollten sie sich bewusst sein, dass die Augen von Millionen von Menschen aus der ganzen Welt auf sie gerichtet sein werden.

Der Erfolg des Gipfels steht und fällt mit der aufrichtigen Bereitschaft der Beteiligten, ihren Ansatz zur Entwicklungszusammenarbeit grundlegend zu verändern und endlich echte Partnerschaften mit den Menschen in den Entwicklungsländern aufzubauen. *Brot für alle* und *Fastenopfer* sind der Überzeugung, dass Entwicklungszusammenarbeit nur nach den Grundsätzen der gegenseitigen Verpflichtung funktionieren kann. Dabei ist vom geberbestimmten Ansatz von oben nach unten, von der Konditionalität und von leeren Geberversprechen abzukommen. Zudem ist in der Entwicklungszusammenarbeit der Grundsatz der Subsidiarität zu verankern, d.h. Projekte und Entwicklungsansätze müssen auf der Ebene ausgearbeitet und ausgeführt werden, der sie zugute kommen.

Das setzt Folgendes voraus:

- Ein radikal neuer Ansatz, um die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu erreichen, der sich bisher vor allem als riesige Marketingaktion ohne wesentliche Änderungen entpuppt hat.
- Eine endgültige Absage an die Orientierung an Detailzielen zur Erreichung der MDG, weil dabei die Prozesse zu kurz kommen. Beim heutigen Ansatz besteht das Risiko, dass kein Unterschied gemacht wird zwischen vorbildlichen Praktiken („best Practices“) und schlechten Praktiken. Beim heutigen Ansatz wird zum Beispiel nicht unterschieden zwischen einem totalitären Regime, das die Armut nach ethnischen Kriterien „halbiert“, und einem Staat, der Bedürftigen ein Mitspracherecht in Budgetfragen gewährt. Ausserdem ist die Gefahr gross, dass umstrittene politische Massnahmen wie zum Beispiel die Privatisierung der Grundversorgung im Namen der MDG ergriffen werden ohne Rücksicht auf die langfristigen Auswirkungen für die gerechte Verteilung der Landesressourcen. Deshalb sollten die MDG an den Werten und Grundsätzen der UNO-Übereinkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte festgemacht werden. Nur so erfolgen die Armutsanalyse und die Strategieerstellung zur Armutsminderung nach einem mehrdimensionalen und auf die Menschenrechte ausgerichteten Ansatz.
- Alle internationalen Organisationen, die einen Anspruch darauf erheben, in der Entwicklung tätig zu sein, namentlich die internationalen Finanzinstitute und die Welthandelsorganisation, sollten Rechenschaft ablegen müssen, ob sie das Völkerrecht und den Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte einhalten.
- Eine radikale Abkehr von der von oben diktierten Entwicklungspolitik, die vor Ort vorhandenes Wissen, lokale Mitsprache und Lösungsansätze übergeht und von globalen Interessen und Vorgaben bestimmt wird. Die MDG dürfen nicht Anlass geben zu einer neuen Konditionalität, durch welche Regierungen an internationale Zielsetzungen gebunden werden unter Missachtung ihrer eigenen Prioritäten. Die MDG müssen bei der Ausarbeitung der makroökonomischen Politik einen festen Platz erhalten und die bestehenden Machtgefälle berücksichtigen.

Nur wenn arme Menschen und Länder mehr Mitsprache in den globalen wirtschaftlichen Entscheidungsgremien erhalten, ist dieser Richtungswechsel auch möglich.

Damit entsprechende Fortschritte erzielt werden, muss den einzelnen Ländern das Recht zuerkannt werden, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik selbst zu bestimmen, wobei sie vor allem ihrem eigenen Volk politisch Rechenschaft schuldig sind. Gleichzeitig muss die Politik der internationalen Organisationen revidiert werden, damit die lokalen politischen Verhältnisse und insbesondere die Bedürfnisse der Armen berücksichtigt werden.

Das setzt Folgendes voraus:

- Neue Zusammensetzung der leitenden Organe von Weltbank und IWF. Dabei ist das Stimmenverhältnis neu zu gewichten und ein offizielles Wahlsystem einzuführen; die Wahlen sollten nach einem offenen, transparenten Verfahren erfolgen, wobei die Kompetenzen und nicht die Staatsangehörigkeit der Kandidatinnen und Kandidaten massgebend sein sollten.
- Echte demokratische Kontrolle von Weltbank, IWF und WTO, indem die Parlamente und die Zivilgesellschaft eine stärkere Aufsichtsfunktion erhalten. Zu diesem Zweck müssen die Organisationen transparenter werden und den zuständigen Stellen auf nationaler Ebene Sitzungsberichte, Protokolle und andere wichtige Dokumente der Leitungsorgane zukommen lassen. Ausserdem sind Entscheidungen des Personals der Bretton Woods Institutionen strenger zu überwachen. So könnten die Parlamente in den Mitgliedstaaten fundiert über die Politik und die Massnahmen dieser Institutionen diskutieren – wie das in einzelnen Ländern bereits der Fall ist.
- Die Hauptakteure darin unterstützen, eine Palette politischer Optionen zu erarbeiten und die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vor- und Nachteile der verschiedenen politischen Stossrichtungen abzuwägen. Dies sollte ein Bestandteil in der Überarbeitung der Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategy Papers - PRSP*) sein, um alle Akteure (auch die Weltbank und den IWF) in ein länderspezifisches, partnerschaftliches, entscheidungsberechtigtes Forum einzubinden.
- Stärkung des ECOSOC, um aus diesem UN-Organ, das gegenwärtig eine Aufsichtsfunktion bei der Entwicklungszusammenarbeit hat, ein hochrangiges Gremium für Wirtschaftsfragen und soziale Gerechtigkeit zu machen. Der ECOSOC sollte die nötigen Befugnisse erhalten, damit er auf Grund vereinbarter Entwicklungsziele und Menschenrechte für ein kohärentes und konsequentes Vorgehen innerhalb des internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems sorgen kann.

Nur wenn auch das Welthandelssystem auf eine Entwicklung ausgerichtet wird, die auf den Menschenrechten beruht, und die oben erwähnten Reformen durchgeführt werden, können die MDG erreicht werden.

Es braucht einen viel grösseren politischen Willen, um den Welthandel in den Dienst der Entwicklung zu stellen. Die Schwerpunkte sollten bei den multilateralen und bilateralen Handelsverhandlungen neu gesetzt werden: statt wie bisher eine Liberalisierung zu fördern, die nur einigen wenigen Mächtigen zugute kommt, sollte eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden, die den Armen auf dieser Welt zugute kommt.

Dies setzt Folgendes voraus:

1. **Bessere Regeln für den Handel mit Landwirtschaftsprodukten sollten zu einer Priorität werden.**

Die Landwirtschaft ist nicht nur für Kleinbauern, sondern auch für die Ernährungssicherheit, das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern vital. Das unausgewogene Kräfteverhältnis zwischen 1,3 Milliarden Landarbeiterinnen und Landarbeitern und den paar wenigen internationalen Händlerinnen und Verteilern gefährdet die Lebensgrundlage von Landwirten auf der ganzen Welt.

2. **Handelsverzerrungen abschaffen, die zu Armut führen**

- Die WTO sollte sich das Konzept, auf das man sich im Monterrey-Konsens zum Handel geeinigt hat, zur Förderung der Entwicklung zu Eigen machen. Die WTO sollte ihre gesamte Tätigkeit den Millenniumsentwicklungszielen unterordnen.
- Die Industriestaaten sollten Verluste, welche die Entwicklungsländer wegen der Handelsliberalisierung (Zollsenkungen und Abbau der Handelspräferenzen) erleiden, durch Konzessionen beim Handel oder durch Entwicklungshilfe ausgleichen.
- Die Länder des Nordens sollten ihre Agrarsubventionen einer weit reichenden Reform unterziehen, damit keine Produkte mehr auf dem Weltmarkt zu Dumpingpreisen abgesetzt werden. Zu den Prioritäten gehören die Abschaffung der Baumwollsubventionen in den USA und die Reform der Zuckerregelung in der EU. Entwicklungsländer, die entsprechende Produkte einführen, sollten die Möglichkeit haben, als Kompensation zusätzliche Zölle auf subventionierten Produkten zu erheben.
- Die Industriestaaten sollten sich verpflichten, einen Stichtag festzusetzen, um möglichst bald jegliche Subventionen abzuschaffen, die den Export und den Handel verzerren. Zudem sollten sich die Industrieländer zu harmonisierten Standards und zum Abbau sämtlicher nicht tarifärer Handelshemmnisse verpflichten.

3 **Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fördern, die den Armen zugute kommen**

- Die Entwicklungsländer sollten das Recht haben, über die Art und die Höhe ihrer Zölle frei zu bestimmen. Die am wenigsten entwickelten Länder haben Anspruch auf eine Sonderbehandlung: unter anderem, indem sie Zugang zu den Märkten reicher Länder ohne Zölle und Kontingente erhalten und sie von Zollabbauverpflichtungen freigestellt werden. Die internationalen Handelsvereinbarungen sollten ausgewogener gestaltet werden, damit die Entwicklungsländer das Recht erhalten, ihre Grenzen durch Kontingente und/oder mengenmässige Beschränkungen zu schützen, solange Subventionen im Norden aufrechterhalten bleiben.
- Die Entwicklungsländer sollten das Recht erhalten, ihre eigenen Landwirtschaftsprodukte zur Ermöglichung ihrer Ernährungssicherheit zu schützen. Brechen die Preise ein oder schnellst das Importvolumen hoch, sollten die Entwicklungsländer ihre Kleinbauern im Rahmen der so genannten besonderen Schutzmechanismen (*Special Safeguard Mechanisms*) schützen können, indem sie bestimmte für die Ernährungssicherheit wichtige Agrarerzeugnisse von Zollabbauverpflichtungen ausnehmen, die Zölle anheben oder nicht tarifäre Massnahmen wie Mengenbeschränkungen ergreifen können.

- Die Entwicklungsländer sollten den nötigen Spielraum erhalten, um eine nationale Politik (Preisstabilisierung, Angebotssteuerung) auszuarbeiten, welche den Problemen der Landwirtschaft in armen Ländern gerecht wird. Einzelne Bevölkerungsgruppen und die lokale Privatwirtschaft sollten das Recht haben, gewisse nachhaltige Landwirtschaftsmethoden zu fördern und zu schützen, wobei die Regierungen und internationalen Organisationen die Aufgabe haben, bessere Modelle zu fördern.

Diese Strukturreformen bilden die Voraussetzung, um die Ziele, die sich die UNO in der Millenniumserklärung selbst gesteckt hat, zu erreichen. Sie können aber nur durchgeführt werden, wenn zusätzliche Geldmittel bereitgestellt werden und das internationale Entwicklungshilfesystem möglichst schnell überarbeitet wird.

Bisherige Massnahmen von OECD-Ländern wie zum Beispiel die Festlegung von Fristen zur Erreichung der 0,7% oder die Erklärung von Paris über die Harmonisierung der Geber sind kleine Schritte in die richtige Richtung. Die Staatsspitzen insbesondere der reichen Länder haben die Erwartungen bisher jedoch enttäuscht. Allen voran diesen Sommer die G8: Ihr Unvermögen, mutige Beschlüsse zur Entwicklungshilfe, Entschuldung und zum Handel zu fassen, bedeutet für die Menschen konkret, dass in Afrika statt jede dritte Sekunde „nur“ noch alle 3,5 Sekunden ein Kind stirbt. Diese Passivität hat ihre Ursache einzig und allein am fehlenden politischen Willen und ist unmoralisch. Wollen die Staats- und Regierungschefs das Heft wirklich in die Hand nehmen, müssen sie sich dringend dazu durchringen, am Gipfel konkrete Entscheidungen treffen.

Konkret heisst dies:

- Erlass sämtlicher untragbarer Schulden, deren Rückzahlung eine menschliche Entwicklung verunmöglicht. Der Schuldenerlass könnte durch den Verkauf von IWF-Gold und höhere bilaterale Beiträge zum Schuldenerlass finanziert werden. Eine entsprechende Einigung könnte während des Gipfels erzielt werden.
- Bekanntgabe von Fristen durch sämtliche OECD-Geberländer, bis wann sie den Anteil ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe gemäss UNO-Ziel auf 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts anheben. Nebst den 0,7% sollte auf dem Gipfel mindestens eine Spielart einer internationalen Steuer verabschiedet werden, damit viel mehr Mittel zur Beseitigung der Armut zur Verfügung stehen. *Brot für alle* und *Fastenopfer* nehmen zur Kenntnis, dass gegenwärtig über eine Treibstoffsteuer in der Luftfahrt beraten wird. Nach unserer Auffassung ist eine internationale Steuer wichtig, weil dadurch einerseits eine vorhersehbare Einnahmenquelle geschaffen wird und andererseits die negativen Auswirkungen der Globalisierung aufgefangen werden. Deshalb plädieren wir für eine Steuer auf Devisenumsätze (*Currency Transaction Tax*).
- Einführung von Systemen zur Überprüfung der Geberversprechen und der Wirksamkeit der Hilfe in den Geberländern und auf internationaler Ebene. Das hiesse natürlich, dass die OECD-Geberländer die Praxis aufgeben müssten, wonach Vereinbarungen des Empfängerlands mit dem IWF über „On-track“-Programme automatisch als Signal für die Überweisung von Hilfe gewertet werden. Ausserdem müssten sich die OECD-Geberländer auf konkrete Indikatoren einigen, die im Rahmen der Erklärung von Paris entsprechend den DAC-Richtlinien über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe überwacht werden könnten. Diese sollten sie zum Abschluss des Gipfels veröffentlichen.

Auf diesem Gipfel ruhen grosse Hoffnungen. Öffentlich wird dies durch das weisse Armband zur Schau gestellt, das am 10. September Millionen von Menschen tragen werden, um die Forderungen des *Global Call to Action against Poverty* (GCAP) zu unterstützen, bei dem sich *Brot für alle* und *Fastenopfer* mitengagieren. GCAP hat zu weit reichenden Beschlüssen aufgefordert, um die Hilfe aufzustocken und dafür zu sorgen, dass sie wirklich den Bedürftigen zugute kommt, um sämtliche

Schulden zu erlassen, die arme Länder daran hindern, in die eigene Entwicklung zu investieren und um die Handelsregeln zu ändern, damit sie den Armen zugute kommen.

Gelingt es nicht, ein derartiges Reformpaket zu verabschieden, hiesse das nicht in erster Linie, die Erwartungen von Millionen von Menschen zu enttäuschen, sondern es wäre ein öffentliches Eingeständnis, versagt zu haben. Es hiesse, dass die Welt nicht den politischen Willen hat, die menschliche Tragödie zu verhindern, die sich zum jetzigen Zeitpunkt abspielt: dass eine Mutter ohnmächtig zuschauen muss, wie ihr Kind stirbt – einfach, weil sie ihm nicht das Grundlegendste zum Überleben bieten kann. Es liegt in den Händen der Staatschefs am Millenniumsgipfel, dies zu verhindern.

In den Worten Nelson Mandelas:

„Manchmal fällt es einer Generation zu, Grossartiges zu vollbringen. Sie können diese grossartige Generation sein. Lassen Sie die Grossartigkeit zu – sie soll sich entfalten. Natürlich wird es keine einfache Aufgabe. Aber nichts zu tun, wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit und ich fordere die ganze Menschheit auf, sich jetzt dagegen zu erheben.“

Bernhard Herold, Brot für alle, Leiter Entwicklungspolitik
Markus Brun, Fastenopfer, Entwicklungspolitik und Grundlagen

Quelle: CIDSE (Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität)

Fastenopfer
Alpenquai 4
6002 Luzern
Telefon 041 227 59 59
Fax 041 227 59 10
mail@fastenopfer.ch
www.fastenopfer.ch
Postcheckkonto 60-19191-7